

BAHN

Private Russen-Loks

Künftig sollen sich private Investoren an den russischen Eisenbahnen beteiligen können. Nach den Plänen des Kreml soll dabei zunächst der Güterverkehr des nach den USA zweitgrößten Bahn-Systems für private inländische Kapitalgeber geöffnet werden. Die Russischen Eisenbahnen sind als Aktiengesellschaft in hundertprozentigem Staatsbesitz. Das Unternehmen kann den wachsenden Transportbedarf der Wirtschaft nicht mehr decken. Lokomotiven und Waggons stammen überwiegend aus der Sowjetzeit und sind verschlissen, 73 Prozent der Elektroloks sind schrottreif. Bahnchef Wladimir Jakunin, Intimus von Präsident Wladimir Putin, kann sich daher für die Zukunft „private Loks“ vorstellen. Sergej Iwanow, stellvertretender Regierungschef, will im Schienenverkehr gar „einen Wettbewerb verschiedener Anbieter“ erreichen. Bis Februar wollen Regierungsexperten ein konkretes Reformkonzept vorlegen. Alexander Schukow, fürs Operative der Bahn-Reform zuständiger Vizepremier, drängt



Güterzüge an der Baikal-Amur-Magistrale (in Tynda, Sibirien)

aufs Tempo: „Wir brauchen schneller unabhängige Unternehmen im Güterverkehr.“ Gegen Widerstände in der Bahn-Bürokratie fordert der Vizepremier die „Schaffung von Wettbewerbsbedingungen“. 80 Prozent des russischen Güterverkehrs werden auf der Schiene bewegt. Nur eine „qualitative Erneuerung“ des Schienenverkehrs, mahnte Putin kürzlich auf einem Eisenbahnkongress, könne einen „ernsthaften Impuls für einen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung“ in Russland geben.

POSTDIENSTLEISTER

Einbruch bei Pin

Nach der Insolvenz seiner ersten Tochtergesellschaften hat der ins Schlingern geratene private Postanbieter Pin nun auch noch die Polizei im Haus. Am Sonntagabend vergangener Woche drangen Einbrecher in die Büros der Berliner Pin Service Gesellschaft SSC ein, die für das Unternehmen die Buchhaltung und die Lohnabrechnungen macht. Die Diebe entwendeten neben einzelnen Laptops offenbar gezielt Festplatten mit Zahlen aus der Personalbuchhaltung. Andere Wertgegenstände ließen die Einbrecher dagegen zum Teil stehen. „Wir können uns bislang keinen Reim darauf machen, was die Täter mit den Daten anfangen wollen“, heißt es bei Pin. Die Berliner Kripo ermittelt, hat aber bisher keine Hinweise auf die Täter. Die neue Pin-Geschäftsführung um den Düsseldorf Sanierungsexperten Horst Piepenburg ist unterdessen damit beschäftigt, tiefer in das Zahlenwerk der insgesamt 91 Tochterunternehmen vorzudringen und deren Liquidität zu

prüfen. Am vergangenen Freitag mussten zu den bisherigen sieben drei weitere Pin-Gesellschaften Insolvenz anmelden. Intern wird derzeit auch geprüft, ob dem strauchelnden Unternehmen tatsächlich schon Kunden abgesprungen sind, wie die Konkurrenz behauptet. Demnach sollen bereits 50 Unternehmen und Behörden mit einem Jahresumsatz von 30 Millionen Euro von Pin zur Deutschen Post übergelaufen sein. Zahlen, die der private Postanbieter dementiert. „Wir können das in unserem Zahlenwerk nicht nachvollziehen“, heißt es aus dem Unternehmen.



Pin-Mitarbeiter

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Ministerium kritisiert Auftragsvergabe

In der Affäre um die Aufträge für einen Ex-McKinsey-Berater gerät der Chef der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, weiter unter Druck. Das Bundesarbeitsministerium teilt die Ansicht des Bundesrechnungshofs, dass die BA gegen das Vergaberecht verstoßen und teilweise fünffach überhöhte Honorare gezahlt hat. Zudem bezweifeln die Beamten – unter Verweis auf eine agenturinterne Dienstbesprechung –, dass Weise und sein Stab mit dem Vorfall nur am Rande befasst gewesen seien. All das geht aus einem Schreiben des Staatssekretärs Rudolf Anzinger hervor, in dem Weise aufgefordert wird, 30 detaillierte Fragen zu beantworten. Laut Rechnungshof hatte die BA auf Initiative von Weises Büro im Herbst 2005 mit Hilfe der Beratungsfirma McKinsey ein Projekt zur Integration von Arbeitslosen gestartet. Im Sommer 2006 vergab die BA ohne Ausschreibung einen Folgeauftrag in Höhe von drei Millionen Euro – an einen der beteiligten Berater, der sich inzwischen selbständig gemacht hatte. Die BA beteuert, Weise habe die Details des Vergabeverfahrens nicht gekannt.

TOBIAS SCHWARZ / REUTERS